

Sitzungsniederschrift

25. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Sitzungsort: Sitzungssaal des Rathauses der Samtgemeinde Hage, Hauptstr. 81, 26524 Hage		
Sitzungsdatum: 10.11.2025	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:14 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrends, Kuno	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Behrens, Sven	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Hinrich Tjaden
Gerpen, Dorothea van	SPD	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	Vertretung für Frau Ingeborg Kleinert
Harms, Uwe	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Hilko Gerdes
Ihmels, Beate	SPD	
Reinken, Wilhelm	FW Landkreis Aurich	Vertretung für Frau Hilde Ubben
Saathoff, Georg	SPD	
Stöhr, Uwe	SPD	Vertretung für Herrn Theo Wimberg
Weilage, Udo	CDU/FDP	
Grundmandat		
Stauß, Detlef	AfD	
Ubben, Heinrich	MOIN, Herr WEISS	Vertretung für Herrn Edgar Weiss
Gäste		
Bernhardt-Wilts, Veronika		
Eiben, Florian		
Grebner, Steffen		

Sell, Erwin

Wento, Mirko

Verwaltung

Brückel, Sebastian, Dr.

Endelmann, Friedhelm

Frerichs, Tanja

Hinrichs, Hilko

Holste-Krey, Charlotte

Protokollführerin

Jetses, Julian

Kleen, Frank

Lefebvre, Lily

Puchert, Dr. Frank

Erster Kreisrat

Saathoff, Sören

Willers, Folkmar

Nicht anwesend:

Mitglieder

Gerdes, Hilko

CDU/FDP

Kleinert, Ingeborg

SPD

Tjaden, Hinrich

CDU/FDP

Ubben, Hilde

FW Landkreis Au-
rich

Wimberg, Theo

SPD

Grundmandat

Weiss, Edgar

MOIN, Herr WEISS

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|-----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 04.09.2025 - öffentlicher Teil - |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2026 Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus – Vermögensverwaltung
Vorlage: X/2025/171 |
| 7. | Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2026 der Pflegeeinrichtungen -Vermögensverwaltung- des Landkreises
Vorlage: X/2025/172 |
| 8. | Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Projekt „Nachnutzung Heleenstift“
Vorlage: X/2025/173 |
| 9. | Sachstand Nachnutzung Klinikaltstandorte Aurich und Norden |
| 10. | Verschiedenes, Wünsche und Anregungen |
| 11. | Einwohnerfragestunde |
| 12. | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der **Vorsitzende Behrends** eröffnet die 25. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege. Er begrüßt alle Anwesenden und dankt Bürgermeister Sell für die Räumlichkeiten und Bewirtung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Behrends stellt die Tagesordnung ohne Änderungen fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 04.09.2025 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung vom 04.09.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 6 Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2026 Ubo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus – Vermögensverwaltung
Vorlage: X/2025/171**

Vorsitzender Behrends übergibt das Wort an **Herrn Saathoff**.

Herr Saathoff stellt anhand der Beschlussvorlage den Wirtschaftsplan der UEK-Vermögensverwaltung für das Jahr 2026 vor. Er führt weiter aus, dass die Erträge und Einnahmen in etwa die gleichen seien wie im Kalenderjahr 2025. Dies sei darauf zurückzuführen, dass an beiden Standorten Norden und Aurich eine nahezu Vollausslas-

tung gegeben sei. Der vorgelegte Wirtschaftsplan schließe mit einem Jahresergebnis von null ab und sei somit vollständig ausgeglichen.

Vorsitzender Behrends bedankt sich bei **Herrn Saathoff**.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Behrends lässt über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Wirtschaftsplan der UEK-Vermögensverwaltung für das Haushaltsjahr 2026 wird im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von 4.030.000,00 €, Aufwendungen in Höhe von 4.030.000,00 € und im Vermögens- und Investitionsplan mit Einnahmen in Höhe von 2.250.000,00 €, Ausgaben in Höhe von 2.250.000,00 € festgesetzt. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird im Vermögensplan der auf 150.000,00 € festgesetzt. Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen durch die Sonderkasse der Vermögensverwaltung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 **Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2026 der Pflegeeinrichtungen -Vermögensverwaltung- des Landkreises**
Vorlage: X/2025/172

Vorsitzender Behrends übergibt das Wort an **Herrn Hinrichs**.

Herr Hinrichs stellt anhand der Beschlussvorlage den Wirtschaftsplan der Pflegeeinrichtungen -Vermögensverwaltung - des Landkreises für das Jahr 2026 vor. Der Jahresfehlbetrag von 300.550 € lasse sich mit dem Umzug des Helenenstifts nach Norden begründen.

Vorsitzender Behrends bedankt sich bei **Herrn Hinrichs** und bittet um Wortmeldungen.

Abgeordneter Bargmann bittet um Vorstellung einzelner Investitionen.

Herr Hinrichs erläutert die Mittelverwendungen lt. Beschlussvorlage. Hierbei benennt er insbesondere die Nachnutzung des Helenenstifts mit 250.000 € und die Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten der Liegenschaften in Hage mit 100.000 €. Hierin enthalten seien auch umliegende Gebäude. Beim Johann-Christian-Reil-Haus schlugen die Flachdachsanie rung mit 500.000 €, die Photovoltaikanlage mit 250.000 € sowie die Außenbeleuchtung mit 30.000 € und die Brandschutzmaßnahmen im Bereich der Rauchschutztüren mit 75.000 € zu Buche. Die Flachdachsanie rung, Photovoltaikanlage und Rauchschutztüren seien hierbei jeweils in drei Abschnitte unterteilt, wovon jeweils die ersten beiden Abschnitte eingeplant seien. Das Blockheizkraftwerk des Johann-Christian-Reil-Hauses sei in die Jahre gekommen, so dass dort immer wieder Instandsetzungen notwendig seien. Hierfür seien 20.000 € veranschlagt worden. Genau wie für den E-Check Reilhaus.

Abgeordneter Bargmann fragt nach der Kostenverteilung der drei Abschnitte.

Herr Hinrichs antwortet, dass die Kosten für die ersten beiden Abschnitte etwa 2/3 betragen würden.

Vorsitzender Behrends lässt über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Wirtschaftsplan der Pflegeeinrichtungen -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2026 wird im Erfolgsplan mit Erträgen in Höhe von 1.200.000,00 €, Aufwendungen in Höhe von 1.500.550,00 € und im Vermögens- und Investitionsplan mit Einnahmen in Höhe von 2.216.000,00 €, Ausgaben in Höhe von 2.216.000,00 € festgesetzt. Der Höchstbetrag bis zu dem im Haushaltsjahr 2026 Kredite aufgenommen werden dürfen, wird auf 1.245.000,00 € festgesetzt. Der Höchstbetrag bis zu dem Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen der Vermögensverwaltung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 200.000,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum Projekt „Nachnutzung Helenenstift“**
 Vorlage: X/2025/173

Vorsitzender Behrends übergibt das Wort an den **Ersten Kreisrat Dr. Puchert**.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärt, dass das Helenenstift Ende des Jahres 2024 geschlossen worden sei. Man habe als Aufgabe sehr schnell erkannt und formuliert, dass über eine Nachnutzung nachgedacht werden müsse. Dabei sei wesentlich das Hauptgebäude im Blick. Aber auch die Nutzung der beiden Wohnheime, die im Hintergrund des Grundstückes lägen und eine beachtliche Nutzungsfläche hätten, seien in der Bürgerversammlung wichtig gewesen. Dort wären auch durch professionelle Führung in einer sehr sachlich geprägten Atmosphäre sehr schnell unterschiedliche Ideen aufkommen. Er habe dort seine ganz persönliche Meinung kundgetan, dass er für das Hauptgebäude keine Zukunft sähe und dass man gut daran täte, dieses Gebäude abzureißen. Im Nachgang habe man sich mit einzelnen Vorschlägen aus der Gemeinde mit externen und internen Projektentwicklern sehr intensiv beschäftigt. Hierbei ginge es nicht nur um die Fragen rund um die Nachnutzung, sondern auch darum, ob die erste Einschätzung richtig war, dass wenig Substanz vorhanden sei und deshalb eine Sanierung nicht in Frage käme. Angesichts der hohen Neubaukosten – man ginge im Mittel von über 3.500 € pro Quadratmeter aus – erscheine es sinnhaft, mit einer Machbarkeitsstudie zu untersuchen, ob zumindest große Teile des Gebäudes saniert werden könnten. Die Schenkung vor 140 Jahren sei zweckgebunden gewesen. Daher wolle man sich vorwiegend auf eine Nutzung durch Menschen mit Unterstützungsbedarf

konzentrieren. Er bitte **Herrn Endelmann** über die Vorlage hinausgehende Ausführungen zu machen und Fragen aus dem Gremium zu beantworten.

Herr Endelmann betont die Sinnhaftigkeit der Machbarkeitsstudie. Er sei kein Freund davon, immer gleich alles abzureißen. Er schildert, dass im Helenenstift in Hage bereits Bewegung sei. Das große Gebäude werde vorne, wo früher die Cafeteria war, für Sprachkurse durch die KVHS genutzt. Der Brandschutz sei hier kein Problem, die Nutzung sei abgesprochen. Im hinteren Bereich, Altbau, lebten derzeit drei junge Menschen in einer Wohngemeinschaft, die wieder zurück ins Leben finden wollen. Für weitere Nutzungsmöglichkeiten stehe er mit dem Amt für Jugend und Soziales und dem Brandschutz in Kontakt. Im Bereich Jugendliche und junge Erwachsene gäbe es viele Menschen, die Hilfe bräuchten und dieses wolle man dort ermöglichen. Aber derzeit ginge im Hauptgebäude nicht mehr Nutzung. Der Brandschutz sei in Fluren, Kellergeschoss und bezüglich Leitungen nicht gewährleistet. Um bauliche Sanierungen käme man nicht herum. Diese wolle man aber angehen, um das Gebäude mehr nutzen zu können. Des Weiteren gäbe es im hinteren Bereich zwei Gebäude, die in einem guten Zustand seien. Das sei das ehemalige Wohnheim, das mittlerweile die Hausnummern 25 und 25a bekommen hätten. Dort lebten temporär Bauarbeiter der Zentralklinik, somit stünde das Gebäude nicht leer. Man entdecke durch die Nutzung aber auch Schwachstellen, so beispielsweise die Heizung. Und auch nach Ende der temporären Nutzung wolle man die Gebäude weaternutzen. Hierfür gäbe es bereits Ideen, im Bereich Volkshochschule, im Bereich Soziales für junges Wohnen und Azubis, für Kindergarten bzw. Kita und so weiter. Der Außenbereich sei aber sehr schön angelegt und solle für die Nutzung erhalten bleiben. Davon würde auch die Samtgemeinde Hage profitieren. Für die Machbarkeitsstudie und das daraus resultierende Konzept seien sechs Monate Zeit notwendig.

Abgeordneter Behrens sagt, man brauche in Hage eine Perspektive. Und dafür sei ein verlässliches Zahlenwerk nötig, um dann konkret in die Planung einsteigen zu können. Er stellt die Nutzung für altengerechtes, betreutes Wohnen heraus. Menschen zu stärken, Personen mit Handicap zu unterstützen, müsse berücksichtigt werden. Er glaube, dass **Herr Endelmann** hierfür der richtige Mann sei, um das umzusetzen. Er appelliert an alle Abgeordneten der Machbarkeitsstudie in Höhe von 250.000 € einstimmig zuzustimmen. Damit ein Zahlenwerk im nächsten Jahr vorliege und ein Konzept, das sich im finanziell machbaren Rahmen befinde, beschlossen werden könne. Das würde dann auch zum Erfolg führen.

Abgeordnete Albers bittet um Ausführungen zu den externen Investoren, wie sie in der Beschlussvorlage unter den Akteuren des Gemeinschaftsprojekts benannt wurden.

Herr Endelmann gibt an, dass es geplant sei, sofern Interesse bestehe, gegebenenfalls mit externen Investoren zusammen zu arbeiten, wie beispielsweise mit einer Gemeinde.

Abgeordnete Albers teilt mit, dass sie einer Nutzung durch private Investoren nicht zustimmen könne, kommunalen Externen hingegen schon.

Erster Kreisrat Dr. Puchert bittet darum, dass man die Konzepte des Landkreises Aurich hierzu basierend auf der Machbarkeitsstudie abwarten möge. Die Studie sei ja gerade dafür da, schlüssig darzulegen, ob der Konzern Landkreis Aurich ein wirtschaftliches Risiko alleine vertreten könne. Genauso verhielte es sich auch mit einem Neubau oder einem Sanierungsfall. Externe Investoren stünden in der Beschlussvorlage,



um alle Eventualitäten abdecken und alle aufkommenden Fragen beantworten zu können.

Abgeordneter Albrecht stellt heraus, wie wichtig es sei, die Machbarkeitsstudie auf den Weg zu bringen. Sein innigster Wunsch sei jedoch, dass die sechs Monate eingehalten würden und dann Konzepte zur Entscheidung vorlägen.

Abgeordneter Bargmann stellt heraus, dass man sich bislang auf einen Neubau konzentriert habe. Mit dieser Vorlage fokussiere man sich nun auf den Erhalt bzw. Teilerhalt des Gebäudes. Er erfragt, wenn im Zuge der Studie herauskäme, dass die erste Einschätzung stimme und alles abgerissen werden müsse, ob trotzdem ein Teil der Studie weiterverwendet werden könne oder man wieder von vorne anfangen müsse. Er möchte wissen, ob man erneut eine Viertel Million Euro in die Hand nehmen müsse für eine weitere Studie.

Herr Endelmann erwidert, dass keine weitere Studie nötig sei; dies beinhalte die Studie der vorliegenden Beschlussvorlage bereits. Es werde davon ausgegangen, dass eine Teilnutzung möglich sei.

Abgeordneter Behrens stellt heraus, dass es sehr wichtig sei, dass nach sechs Monaten verlässliche Zahlen vorlägen.

Abgeordneter Reinken meint, dass erfahrungsgemäß Sanierung schlechter ankäme als ein Neubau. Er befürchtet, dass durch die Studie wertvolle Zeit verloren ginge und man sich doch lieber auf den ersten Vorschlag (Neubau) fokussieren solle.

Herr Endelmann gibt zu bedenken, dass mit Genehmigungsverfahren auch ein Neubau nicht in einem halben Jahr gestartet werden könne. Es gäbe gute Beispiele für eine erfolgreiche Nachnutzung nach Sanierung; beispielsweise Kasernen in Delmenhorst und Emden.

Vorsitzender Behrends unterbricht um 15.30 Uhr die Sitzung für Fragen aus der Einwohnerschaft.

Vorsitzender Behrends nimmt die Sitzung um 15.45 Uhr wieder auf und lässt über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zum Projekt „Nachnutzung Helenenstift“ die Variante Teilabriss und Sanierung zur Schaffung von Wohnraum insbesondere für Menschen mit Unterstützungsbedarf auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Sachstand Nachnutzung Klinikaltstandorte Aurich und Norden

Vorsitzender Behrends übergibt das Wort an **Herrn Grebner**.

Herr Grebner erläutert, dass am Standort Norden bereits jetzt 80% der Klinikflächen über Nachnutzung abgedeckt seien. Dies gelinge unter anderem durch Veränderungswünsche der derzeitigen Mitmieter, die Trägergesellschaft sei Hauptmieter. Auch führe er derzeit Gespräche mit einer Podologin. Eine logopädische Praxis und einen Friseur möchte er dort auch gerne integrieren. Um für die letzten 20% Nachmieter zu finden, sei noch 4 Jahre Zeit bis zum kompletten Auszug. In Aurich sei man noch nicht so weit, hier fehlten etwa 60-70%, die aktuell noch nicht nachgemietet seien. Dies läge unter anderem auch an der Größe der Auricher Klinik, der derzeitigen Belegung durch den Klinikbetrieb und der Umgebung. Auch wären hier komplexe Räumlichkeiten wie für die Sterilgutversorgung vorhanden, was eine Nachnutzung schwieriger gestalte. Er führt weiter aus, dass er die Wirtschaftsförderung, den Landkreis und die Gemeinden Aurich und Norden ins Boot holen wolle. Außerdem binde er viele Mitarbeiter ein und bitte auch, wenn hier Ideen für Möglichkeiten der Nachnutzung entstünden, um Kontaktaufnahme. Er sei an kreativen Lösungen interessiert. Die Nachnutzungsmöglichkeiten bezögen sich nicht ausschließlich auf den Gesundheits- und Pflegebereich. Es gäbe auch Lagerflächen und Büroräume und Parkraum. Er sähe eine Nachnutzung vorwiegend in den Bereichen Wohnen für Ältere und psychiatrisch Erkrankte.

Herr Grebner gibt das Wort an **Herrn Saathoff** weiter, der weitere Ausführungen machen wird.

Herr Saathoff ergänzt, dass es ganz unterschiedlich interessierte Parteien gäbe für beide Standorte. Die Auslastung in Norden sei gut. Man habe zwei niedergelassene Hausärzte für eine Praxisgemeinschaft gewinnen können, die zum Jahreswechsel einzögen. Diese Praxis habe noch Erweiterungskapazitäten. Zudem gäbe es noch kleinere Verwaltungseinheiten, die vermietet werden könnten. Das Amt für Gesundheitswesen am Standort Norden werde ebenfalls im nächsten Jahr in die alte Klinik einziehen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzt, dass das Amt für Gesundheitswesen mit der Heimaufsicht und dem sozial-psychiatrischen Bereich eine inhaltliche Nähe zu Arztpraxen und tagesklinischen Angeboten habe. Damit habe der Begriff der Synergien eine echte Bedeutung, so dass die Nutzer der Räumlichkeiten eine gewisse fachliche Verbindung hätten. Man habe sich sehr bewusst dafür entschieden, nicht beispielsweise das Jobcenter dort einziehen zu lassen, sondern das Amt für Gesundheitswesen, das auch Untersuchungsräume brauche.

Abgeordnete Ihmels bedankt sich im Namen der SPD bei **Herrn Grebner** und **Herrn Saathoff**. Es sei positiv, das aus erster Hand zu hören. In den sozialen Medien und auch in der Presse würde immer wieder versucht werden, es anders darzustellen. Dass die Nachnutzung katastrophal sei und irgendwas bewusst auslaufen solle. 80% Nachnutzung zeige einen guten Prozess und dass das Konzept von **Herrn Grebner**, das er zu Beginn seiner Tätigkeit vorgestellt habe, bereits fruchte. An die Presse gerichtet bittet **Abgeordnete Ihmels** um eine deutliche Aussage, dass es eben nicht so katastrophal sei.

Abgeordneter Albrecht merkt an, dass man sich rechtzeitig auf den Weg gemacht und eine richtige Entscheidung getroffen habe. Es freue ihn, dass man jetzt schon so viel erreicht habe, wo es noch vier Jahre dauert.



Abgeordnete Albers fragt Herrn Grebner, ob ihm das Gutachten zum Regionalen Versorgungszentrum bekannt sei und vorliege. Hiernach habe sie auch bei der letzten Sitzung bereits gefragt.

Herr Grebner bejahte die Kenntnisnahme des Gutachtens. Auch bei der letzten Sitzung war ihm dies grundsätzlich schon bekannt, er habe aber zu dem Zeitpunkt erst seinen dritten Arbeitstag gehabt und hätte das Gutachten noch nicht bis in die Tiefe lesen können. Dies habe er aber inzwischen nachgeholt und für die Zwischennutzung in Norden 95% der dort gemachten Vorschläge abgearbeitet. Daher habe er auch vorhin bewusst die kreativen Ideen der KVHS oder auch von den Abgeordneten erwähnt. Wenn Nachmieter aus dem Nicht-Gesundheits- oder sozialen Bereich gewonnen werden könnten, würde dies ihn nicht nur vermietungstechnisch freuen, sondern auch ein Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Abgeordneter Bargmann erwähnt nochmals, dass Norden auf einem sehr guten Weg sei. Dafür spräche eine nahezu 100%ige Auslastung in der Zwischennutzung und 80% in der Nachnutzung in vier Jahren. In Aurich lägen ganz andere Voraussetzungen vor. Dort sei eine Zwischennutzung – wie sie in Norden betrieben werde – nicht möglich. Bis zum vollendeten Bau der Zentralklinik müsse die Klinik in Aurich vollständig weitergenutzt werden. Wieviel Zeit im Leerstand vergehe, hinge von verschiedenen Faktoren ab; so beispielsweise von zu ändernden Bebauungsplänen. Diese müssten frühzeitig auf den Weg gebracht werden, denn sie bräuchten auch Zeit und würden unter Umständen die Umgebung beeinflussen, so beispielsweise den Privatinvestor des gegenüberliegenden Parkplatzes. Es dürfe aber kein langer Stillstand herrschen. Der Baufortschritt sei glücklicherweise sehr gut, so dass man sich frühzeitig über Nachnutzung in Aurich Gedanken machen müsse. **Abgeordneter Bargmann** fragt nach, ob **Herr Grebner** dazu schon etwas sagen könne.

Herr Grebner führt aus, dass er bereits in Gesprächen mit regionalen - und ab dem nächsten Jahr auch nationalen – Anbietern für die Bereiche Reha, Seniorenheime und servicegerechtes Wohnen sei. Aufgrund der Bettenhäuser sei eine Nutzung durch diese drei Bereiche mit den geringsten Umbauten verbunden. 70% der Fläche seien Bettenhäuser in Aurich. Einiges bliebe auch bestehen, so der Kindergarten, das Dialysezentrum, die Radiologie des MVZ und das ambulante OP-Zentrum. Besondere Herausforderungen stellten der zentrale Sterilisationsbereich, OP-Säle und Apotheke dar. Ein nachhaltiges Nutzungskonzept brauche Zeit. Seiner Auffassung nach sei eine Nachnutzung mit überschaubaren Umbauten von 60-70% möglich. Bei 30% müsse aber die Frage überlegt werden, ob ein Abriss oder Anbau sinnvoller sei. Über Wohnungsbau habe er in diesem Zuge noch gar nicht nachgedacht. Aber daher möchte er auch noch Termine mit Bürgermeister und Landkreis wahrnehmen, um den Bedarf zu ermitteln.

Abgeordneter Bargmann fragt nach der Stellplatzanlage gegenüberliegend. Könne **Herr Grebner** hier schon eine Einschätzung abgeben, ob diese in die Nachnutzung einbezogen werden könne oder ob man über anderweitige Nutzung dieser Fläche nachdenken müsse.

Herr Grebner erläutert, dass er hierzu noch keine Aussage treffen möchte. Die Nachnutzung der Gebäudeteile sei noch nicht bekannt und er wisse daher noch nicht, ob sich beispielsweise eine größere Firma dort ansiedelt und für die Mitarbeitenden entsprechend Parkraum benötige.

Abgeordneter Bargmann fragt nach dem Gutachten der Dekra, die das Gebäude untersucht hätten und fragt **Herrn Grebner**, ob er sich mit diesem Gutachten bereits habe beschäftigen können.



Herr Grebner bejaht die Kenntnisnahme des Gutachtens und bedauert, dass der Gebäudezustand nicht so gut sei wie in Norden, weshalb ein Umbau oder gar Abriss sicherlich zur Diskussion stünde.

Abgeordneter Ubben fragt, ob es um die Nutzung aktuell freier Flächen oder zukünftig freier Flächen ginge. Falls es um die bereits freien Flächen ginge, wie lange würden die Partner denn dann warten?

Herr Grebner beschreibt, dass die Partnersuche aus Erfahrungen 6-9 Monate beanspruche. Er plane jedoch quartalsweise Besprechungen mit potenziellen Partnern und er wolle bereits vor 2029 unterschriebene Mietverträge vorweisen können.

Abgeordneter Ubben fragt nach, ob die Prozentzahlen sich ausschließlich auf Norden beziehen würden.

Herr Grebner bejaht dies.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Abgeordnete Albers erfragt, ob der Bescheid zur Weiterfinanzierung des RGZ bereits angekommen sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortet, dass der Landkreis nicht Antragsteller sei, sondern die Trägergesellschaft.

Herr Sell, Bürgermeister der Samtgemeinde Hage, ergreift das Wort und dankt allen für diesen wichtigen Beschluss. Das sei ein Zeichen, dass es vorangehe. Er finde es toll, dass andere Lösungen angeschaut werden, ob das Gebäude mit allen Bestandteilen zu retten sei. Er freue sich, dass die Befürchtung vieler, ein Leerstand, nicht eintrete.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Vorsitzender Behrends stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Behrends fasst zusammen, dass es in der Sitzung heute viele neue Erkenntnisse zum Helenenstift und zur Nachnutzung der Klinikaltstandorte gegeben hätte. Er dankt den dazu Vortragenden sehr. Er schließt die Sitzung um 16:10 Uhr.

gez. Behrends
Vorsitzender

gez. Holste-Krey
Protokollführerin